



## DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES

Berne, le 6 juin 1989

Aux membres du Conseil  
fédéralRésumé

Voyage du Chef du Département fédéral des Affaires étrangères en Finlande et en Suède, du 18 au 22 mai 1989

Répondant à l'invitation de mes collègues finlandais et suédois, je me suis rendu en visite officielle en Finlande et en Suède du 17 au 23 mai dernier. En plus des entretiens avec les Ministres des Affaires étrangères Paasio et Andersson, j'ai été reçu en Finlande par le Président Koivisto, le Ministre de la Défense, M. Norrback, le Ministre du Commerce extérieur, M. Salolainen, et le Président du Parlement, M. Sorsa, et en Suède par le Roi, le Premier Ministre Carlsson, le Ministre du Commerce extérieur, Mme Gradin, et le Président du Parlement, M. Peterson. En marge de ces rencontres, j'ai donné un exposé sur la Suisse et l'intégration européenne devant des instituts de politique étrangère à Helsinki et à Stockholm et j'ai effectué deux excursions, l'une à Kuopio à l'Est de la Finlande et l'autre à Kiruna, où j'ai visité la station de réception de satellites d'Esrange, rattachée au réseau "Earthnet" de l'Agence spatiale européenne.

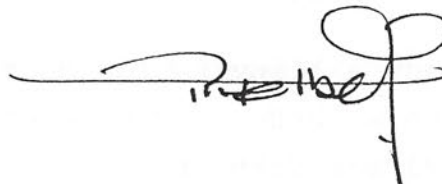
Le futur de l'Europe, à la fois sous l'angle de l'intégration et sous celui des relations Est-Ouest, a été au centre des discussions avec mes différents interlocuteurs. Le rôle des neutres



dans les développements actuels ayant été évoqué, j'ai proposé à mes collègues finlandais et suédois l'institution de rencontres régulières entre les 4 neutres européens afin d'échanger nos idées et expériences respectives, et d'éventuellement établir entre nous des mécanismes de concertation.

En complément, au court du rapport que je vous ai fait sur ce voyage lors de notre séance du 24 mai dernier, vous trouverez ci-joint un compte-rendu détaillé de mes entretiens en Finlande et en Suède.

LE CHEF DU DEPARTEMENT  
FEDERAL DES AFFAIRES  
ETRANGERES

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'René Felber', with a large loop at the end of the name.

René Felber

Annexes mentionnées

## A Besuch von Bundesrat Felber in Finnland vom 18.-21.5.1989

### I. Gespräche mit Aussenminister Pertti Paasio (P)

#### 1. Bilaterale Beziehungen

Beide Seiten äusserten sich sehr befriedigt über den Stand der traditionell ausgezeichneten Beziehungen. Bilaterale Probleme bestehen keine, dafür eine Fülle gemeinsamer Interessen.

P. begrüsst die Absicht der Schweiz, sich inskünftig vermehrt an friedenserhaltenden Operationen der UNO zu beteiligen. BRF umriss die schweizerischen Absichten, dankte der finnischen Regierung für das Entgegenkommen, im laufenden Jahr eine Anzahl schweizerischer Militärbeobachter im nordischen Ausbildungszentrum in Niinisalo auszubilden und gab der Hoffnung Ausdruck, dass Zusammenarbeit in einer noch zu bestimmenden Weise fortgesetzt werden kann.

P. seinerseits dankte für schweizerische Einladung, einen finnischen Vertreter an dem vom IUHEI in Genf organisierten Kurs für Sicherheitspolitikexperten teilnehmen zu lassen. Auch über Zusammenarbeit im Bereich der C-Waffen Verifikation (Beitrag des AC-Labors Spiez an finnisches C-Waffen Forschungsprojekt) äusserte sich P befriedigt. BRF unterstrich generell Bedeutung der Verifikation in diesem Bereich. Erste praktische Erfahrungen hätten allerdings gezeigt, dass aktuelles Kontrollsystem sehr aufwendig ist, es gelte daher zu überlegen, wie Aufwand reduziert und gleichwohl effizient kontrolliert werden kann.

#### 2. Zusammenarbeit zwischen den Neutralen Europas

BRF schlug vor, die vier AM der neutralen Staaten sollten sich inskünftig regelmässig treffen mit dem Ziel, Zusammenarbeit auf politischem Gebiet zu verstärken. Dies soll ausserhalb der EFTA geschehen, weil dieser Verband auf die



Wahrnehmung gemeinsamer wirtschaftlicher Interessen beschränkt bleiben soll. Dagegen ist unter Staaten mit ähnlicher politischer Zielsetzung, eben den Neutralen, eine noch engere politische Kooperation erwünscht. Zu denken wäre an gemeinsame Initiativen im europäischen Rahmen - die Neutralen als Bindeglied zwischen Ost und West - aber auch auf globaler Ebene in Regionalkonflikten. Es geht um Engagements, zu denen insbesondere neutrale Staaten geeignet und berufen sind. Ein aktives Ausnützen dieser besonderen Position erweitert nicht nur die Grenzen der Neutralität selbst, sondern mag auch dazu beitragen, die Neutralität auf internationalem Parkett zu legitimieren und ihr Leuchtkraft zu verleihen.

Der schweizerische Vorschlag wurde von P spontan sehr positiv aufgenommen (gleichentags erklärte P bei einer Tischrede wörtlich: "Wir haben heute konkrete Massnahmen zur Stärkung der Zusammenarbeit zwischen den neutralen Staaten Europas besprochen. Wir begrüssen den Vorschlag der Schweiz, regelmässige Treffen ihrer AM zu beginnen").

### 3. Zusammenarbeit in Europa

3.1 Gesprächspartner sind sich einig, dass im Gang befindliche Dynamisierung und Stärkung der EFTA für deren Zukunft von entscheidender Bedeutung ist. Laut P ist Neutralität mit Mitgliedschaft bei der EG inkompatibel. Daher setzt Finnland grosse Hoffnungen auf "Dritten Weg" (zwischen Status Quo und EG-Mitgliedschaft) und ist in diesem Rahmen zu weitgehendem Engagement bereit. Im übrigen hat EFTA angesichts ihrer wirtschaftlichen Potenz AG nicht als Bittsteller zu begegnen, sondern kann, wenn sie mit einer Stimme spricht, mit einigem Selbstbewusstsein Gleichbehandlung auf Grundlage der Reziprozität anstreben.

Auch Schweiz ist gemäss BRF bestrebt, zur Stärkung der EFTA beizutragen. Es geht insbesondere darum, die administrativen Strukturen zu verstärken und die Koordi-

nation zu verbessern, um auf möglichst vielen Gebieten zu einem Konsens zu gelangen. Nur dort, wo dies gelingt, kann EFTA gegenüber der EG als einheitlicher Verhandlungspartner auftreten. Sollte Konsensprinzip in Frage gestellt werden und sich EFTA in Richtung supranationale Organisation entwickeln, würde sich Verhältnis der Schweiz zur EG unter neuen Gesichtspunkt stellen. Schweiz hat Türe zu EG nicht definitiv geschlossen. Wenngleich im gegenwärtigen Zeitpunkt und unter den aktuellen Umständen ein Beitritt aus den bekannten politischen Gründen nicht wünschbar ist.

3.2 Finnland schätzt sich glücklich, kürzlich als 23. Mitglied des Europarates aufgenommen worden zu sein. BRF beglückwünschte seinen Amtskollegen und zeigte sich überzeugt, dass Finnland aufgrund seiner historischen Erfahrung Wesentliches zur Entwicklung der Beziehungen zwischen den europäischen Demokratien und Osteuropa sowie der Sowjetunion beizutragen vermag.

#### 4. Osteuropa

Seine Eindrücke über kürzliche Besuche in Polen und Ungarn zusammenfassend, erklärte P, Priorität habe für diese Länder die Bewältigung der ökonomischen Krise sowie der Verschuldungs- und Umweltprobleme. Der Umbau der Wirtschaft wird zunehmend auch die politische Landschaft verändern, und Vice Versa dürften von der Politik Impulse auf die Wirtschaft ausgehen. Dies gilt auch für die Sowjetunion. Ueber die Zukunft lässt sich zwar keine zuverlässige Prognose stellen, insgesamt aber dürfte der angelaufene Prozess irreversibel sein. Wie soll man den Hilfsgesuchen der reformwilligen Ländern Osteuropas begegnen? Wirtschaftliche Kooperation ist wünschbar, doch ist es primär an den osteuropäischen Partnern, die hierfür notwendigen Voraussetzungen zu schaffen. Auf staatlicher Ebene bleiben die den westlichen Ländern - von Aktionen im Bereich der Verschuldung abgesehen - lediglich punktuelle Massnahmen wie Ausbildungsprogramme, Ver-



mittlung von Know-how - z.B. für Umweltschutz - und dergleichen.

BRF stimmt Beurteilung von P weitgehend zu. Wichtig ist, den unterschiedlichen Entwicklungen in den verschiedenen Ländern Osteuropas und der Sowjetunion Rechnung zu tragen. Die Staaten des Westens sollten - bilateral oder multilateral - ein Zeichen setzen und nicht in einer passiven Situation des "wait and see" verharren. Gerade in diesem Zusammenhang könnte sich für die Neutralen Europas ein Betätigungsfeld eröffnen.

#### 5. KSZE

Beide Gesprächspartner bekräftigten ihre grosse Wertschätzung gegenüber der KSZE und der Rolle, welche N+N in diesem Forum spielen. Schlussdokument von Wien ist eine gute Basis für weitere Arbeiten. BRF unterstrich Bedeutung, die die Schweiz den drei Folgetreffen über menschliche Dimensionen und Menschenrechte beimisst. Nun gilt es, beschlossenen Mechanismen in der Praxis uneingeschränkt und gegenüber allen Teilnehmerstaaten anzuwenden. P erachtet dies ebenfalls als richtigen "approach".

Befriedigt registrieren P und BRF, dass Informationsforum in London Erwartungen übertroffen hat. Die 69 Vorschläge gehen weit über das hinaus, was im Schlussdokument von Wien oder anderswo definiert worden ist. Schweiz begrüsst in London präsentierte finnische Initiative, Ende 1990 in Helsinki als eine Art Folgetreffen von London informelles Informationsforum durchzuführen.

Volle Uebereinstimmung besteht schliesslich auch in Bezug auf die laufenden Verhandlungen in Wien. Im Bereich der vertrauensbildenden Massnahmen wurde die entscheidende Schwelle in Stockholm überschritten. Die bestehenden Mechanismen lassen sich aber noch in mancherlei Hinsicht ergänzen und verfeinern. Finnland und die Schweiz werden im übrigen danach streben, den Informationstreffen zwischen den 35 und 23 Substanz zu verleihen.

## II. Unterredung mit Staatspräsident Koivisto (K)

Die Gespräche mit K drehten sich vorwiegend um die westeuropäische Zusammenarbeit. BRF schilderte die Haltung der Schweiz zu EG und EFTA und unsere Reaktion auf die Rede von Delors. K. beschrieb den Verlauf der finnischen EG-Debatte seit den 60-iger Jahren. Entgegen ursprünglich geäußerten Befürchtungen habe sich der bisher gewählte Weg (Freihandelsabkommen ohne Entwicklungsklausel) bewährt und zur Vitalisierung und Stärkung der finnischen Industrie beigetragen. Dies dürfte nicht in Frage gestellt werden. Weitere Anpassungen an die EG seien notwendig und würden Finnland vor keine grösseren Probleme stellen als gewisse EG-Staaten.

Raison d'être und Stärke der EFTA seien die EG. Die Meinung, dass die EFTA nicht zu einer Mini-EG mit supranationalem Charakter (Mehrheitsentscheide) werden dürfe, teilt K. zur jetzigen Politik des Zusammenrückens in kleinen Schritten gebe es eigentlich keine Alternative. Ein Beitritt zu den EG komme für Finnland nicht in Frage. Hingegen habe sein Land keine gleich starken Vorbehalte gegenüber einer Zollunion. Eine solche existiere bereits innerhalb der nordischen Staaten, weshalb Finnland bereit sei, diese auch im Verhältnis zu den EG zu akzeptieren. Im übrigen gebe es keine verbindliche Definition darüber, was eine Zollunion genau beinhalte und was Delors darunter versteht. Das Osloer-Treffen der EFTA-Regierungschefs habe positive Zeichen gesetzt für die Bereitschaft der EFTA-Staaten mit den EG ins Gespräch zu kommen.

## III. Höflichkeitsbesuch bei Verteidigungsminister Ole Norrback (N)

BRF dankte für die grosszügige Bereitschaft Finlands, seit Beginn dieses Jahres zu den nordischen Ausbildungskursen für UNO-Beobachter in Niinisalo auch Schweizer zuzulassen (zur Zeit befinden sich 6 Schweizer Offiziere dort). N stellt in Aussicht, diese Zusammenarbeit auch in Zukunft forzusetzen.

#### IV. Arbeitssessen mit Aussenhandelsminister Salolainen (S)

S betonte, die EFTA-Länder befänden sich heute in einer gänzlich neuen Lage. Noch dieses Jahr seien sehr wichtige Schritte zu vollziehen. Die EFTA bezeichnete er als besonders wichtiges Arbeitsinstrument für alle, die der EG nicht beizutreten beabsichtigten. Die bilateralen Handelsbeziehungen stufte er als befriedigend ein, Entwicklungspotential sei aber noch vorhanden.

BRF unterstrich die Gemeinsamkeit in der schweizerischen und finnischen Haltung im Verhältnis zur EG und benützte die Gelegenheit, um S an die in Oslo getroffene Abmachung über die Liberalisierung des Handels mit Fischen (ausgenommen Süsswasserfische) zu erinnern. S. entgegnete, er werde sich der Sache annehmen, die Experten seien ebenfalls an der Arbeit, und setzte hinzu, die Unterscheidung zwischen Meer- und Süsswasserfischen sei so einfach nicht.

#### B Besuch BRF in Schweden 22. - 24.5.1989

1. Bundesrat Felber - begleitet von Staehelin, Ducrey, Kellenberger, Pache und Combernous sowie lokal ergänzt von Indermühle und Woker - weilte, von Finnland kommend, vom 21.-23.5. in Schweden. Neben den im Mittelpunkt des Besuches stehenden Gesprächen mit seinem Amtskollegen Sten Andersson wurde BRF von König Carl XVI Gustaf in Audienz empfangen, war Ehrengast an einem vom Parlamentspräsident Thage G. Peterson veranstalteten Mittagessen, stattete Premierminister Ingvar Carlsson einen Höflichkeitsbesuch ab, traf mit Aussenhandelsminister Frau Anita Gradin zusammen und sass schliesslich mit der EFTA-Delegation des schwedischen Parlamentes zu einer Diskussion zusammen.

Der Besuch diente der Kontaktpflege auf hohem politischem Niveau zwischen zwei Staaten, die in Sicherheits- und wirtschaftspolitischer Hinsicht ihre traditionell enge Zusammenarbeit in letzter Zeit noch verstärkt haben. Nachdem letztmals



vor fünf Jahren ein bilateraler Besuch dieser Art stattgefunden hat (AM Bodstroem in Bern im September 1984) wird auf die Reise von BRF nach Schweden bereits im September dieses Jahres ein Besuch des schwedischen Premierministers Ingvar Carlsson in Bern folgen. Das Hauptanliegen (Message) von BRF in Schweden, der Vorschlag zum jährlichen Zusammentreffen der AM der vier europäischen Neutralen, ein erstes Mal in Bern, fand in Stockholm günstige Aufnahme. Diese schweizerische Initiative stand auch im Mittelpunkt des Medienechos - in der Schweiz wie in Schweden - auf den Besuch.

2. Am Sonntag, 21.05. besichtigte BRF das Raumzentrum "Esrang" im nordschwedischen Kiruna, neben der Abschussrampe für Raumsonden mit wissenschaftlichem Charakter standen dabei namentlich die Kapazitäten von "esrang" im Bereich des Empfangs von Satellitendaten im Vordergrund des Interesses. Schweden hat vor kurzem sein eigenes Projekt zur Entwicklung eines Erdfernbeobachtungssatelliten (Tellus) vorgelegt. Dessen allfällige Verwendung als ein Teil eines Paketes von Verifikationsmassnahmen soll bald Gegenstand einer einlässlicheren Diskussion zwischen Schweden und der Schweiz bilden.
3. In seinem Gespräch mit AM Andersson (AMA umreisst BRF zunächst den schweizerischen Vorschlag für ein zukünftiges jährliches Zusammentreffen der vier neutralen Aussenminister. Es handelt sich nicht um einen Versuch zur Blockbildung der Neutralen, sondern um die Gelegenheit zur Diskussion gemeinsam interessierender Themen (Beispiele: Verhältnis zu Osteuropa und weiteren Ländern ausserhalb Westeuropas, gute Dienste und Zusammenarbeit im UNO-System, KSZE), welche schwergewichtig ausserhalb der wirtschaftspolitischen Integrationsmaterie liegen (für diese bildet die EFTA das Forum).

Anschliessend erläutert BRF die schweizerische Integrationspolitik und stellt grosse Gemeinsamkeiten, neben einigen Nuancen, in der entsprechenden Politik der Schweiz und Schwedens fest. Insbesondere kann die Schweiz nicht voll mitziehen, was die 4. Freiheit des europäischen Binnenmarktes, freie Personenbewegung, anbelangt. AMA legt seinerseits die Bereit-

schaft Schwedens dar, sich mit Ausnahme der Sicherheitspolitik der EG in allen Bereichen soweit zu nähern, als dies einem Nichtmitglied - das werde Schweden auf absehbare Zeit bleiben - möglich ist. Mit bezug auf freie Personenbewegung weist AMA auf die Erfahrung mit dem nordischen Arbeitsmarkt hin, wo in Schweden anfänglich eine sprunghafte Zunahme speziell finnischer Arbeitskräfte stattfand, später sich aber ein Ausgleich mit spürbarer Hebung des Lebensstandards in allen beteiligten Ländern einpendelte, indes sich mit Ausnahme der Sicherheitspolitik der EG in allen Bereichen soweit zu nähern, als dies einem Nichtmitglied - das werde Schweden auf absehbare Zeit bleiben - möglich ist. Mit bezug auf freie Personenbewegung weist AMA auf die Erfahrung mit dem nordischen Arbeitsmarkt hin, wo in Schweden anfänglich eine sprunghafte Zunahme speziell finnischer Arbeitskräfte stattfand, später sich aber ein Ausgleich mit spürbarer Hebung des Lebensstandards in allen beteiligten Ländern einpendelte. Indes räumt er ein, dass sich Schweden und die Schweiz als Zielland ausländischer Arbeitskräfte primär aus geographischen und linguistischen Gründen nicht vergleichen lassen. AMA ist der Ueberzeugung, darin unterstützt von Ulf Dinkelspiel, schwedischem Chefunterhändler für Integration, dass jetzt der Zeitpunkt für ein kräftiges positives Signal der EFTA an die Adresse von Brüssel gekommen sei. Auf die Frage von Dinkelspiel, ob die Schweiz eine volle Beteiligung an den übrigen drei Freiheiten ins Auge fassen könne, antwortet BRF, dass die Schweiz bereit sei, Risiken einzugehen und ihre entsprechende Verantwortung zu tragen.

Mit Bezug auf Ost-West Beziehungen legt AMA dar, dass er anlässlich seines kürzlichen Besuches in Washington in einem wichtigen Punkt mit seinen Gesprächspartnern Bush und Baker nicht einig ging. Wo die Amerikaner kaum Möglichkeiten sehen, die Perestroika von aussen her zu fördern, glaubt Stockholm an die Notwendigkeit westlicher "Geburtshilfe" während der kommenden fünf Jahre, nachdem nun in der UdSSR Erwartungen geweckt sind, die Hebung des Lebensstandards aber nur mit Verzögerung eintreten wird. AMA weist auf die eminente Bedeutung hin von funktionierenden Beispielen dynamischer und kraftvoller Marktwirtschaft für die lendenlahme Volkswirtschaft der UdSSR.



Auf die Frage von GRA, ob die sich anbahnenden Beziehungen (z.B. Freihandel) zwischen der EG und Drittländern auch die EFTA-Länder zur Aktivität gegenüber diesen zwingen, habe man auch in der Schweiz, so BRF, noch keine endgültige Antwort. Die EFTA dürfe aber nicht zum Wartesaal für vertröstete EG-Kandidaten werden.

5. Auch in den Gesprächen von BRF mit den schwedischen Parlamentariern kam schergewichtig die Integrationsmaterie und ihr Umfeld zur Sprache. Von schwedischer Seite wird fast einstimmige Unterstützung (90% der Parlamentarier) des Reichstages für die gegenwärtige Regierungspolitik im Integrationsbereich dargelegt. Dies beinhaltet auch Zustimmung zu einer Zollunion, falls dies mit Neutralitätsvorbehalt möglich ist. Auf Frage von BRF unterstrichen Parlamentarier verschiedene politischer Observanz weiter die grosse Bedeutung der Uruguay-Runde im GATT. Sie stimmen der schweizerischen Meinung zu, dass da ein effektives Instrument, nicht zuletzt auch zur Verhinderung einer "EG Festung Europa" geschmiedet werden muss. Einig ist man sich auf beiden Seiten über die Bedeutung des Sozialraumes Europa - zu dem beispielsweise auch eine lebenserhaltende und nicht-bedrohende Umwelt gehört - als notwendige Ergänzung des Wirtschaftsraumes.
6. Der König ging gegenüber BRF zunächst ebenfalls auf die Integrationsmaterie ein und zeigte sich gut orientiert über die schweizerische Integrationspolitik. Er unterstreicht die Notwendigkeit für Schweden, sich in verschiedener Beziehung, so beispielsweise auch mit Bezug auf das staatliche Alkoholmonopol, europäischen Mittelwerten anzunähern. Als Ehrenpräsident des schwedischen Zweiges des WWF weist er anschliessend auf die Bedeutung europaweiter und globaler Intensivierung des Kampfes für eine bessere Umwelt hin.



IKEA (beides schwedische Firmen mit schweizerischer Holding, anm. des Chronisten) eigene Produktionsstätten in der UdSSR errichten. Ohne Hebung des Lebensstandards werden Gorbatschews Reformen scheitern und auch die für den Westen angenehmen Begleiterscheinungen verschwinden. BRF weist auf Anfragen um spezifische wirtschaftliche Hilfestellung hin, welche die Schweiz aus osteuropäischen Ländern erreichen, Jugoslawien ist dabei ein Spezialfall, dem ja von Seiten der EFTA unter die Arme gegriffen werden soll. Staatssekretär Schori, eben aus Belgrad zurückgekehrt, sieht Jugoslawien bereits an der Grenze zum Abgrund. Wirtschafts- und politischer Beistand (z.B. ausländische Parlamentarier zur Beobachtung nach Kosovo) tun Not. Beides wird heute von Jugoslawien gewünscht resp. akzeptiert.

Auf die Glückwünsche von BRF für die schwedischen Bemühungen im Mittleren Osten und dem nochmaligen Dank für den Beistand im Falle Winkler, legt AMA dar, dass heute Stockholm in der Lage sei, mit allen Beteiligten AM Konflikt zu sprechen. Schweden sieht es als seine Pflicht an, im Rahmen seiner Möglichkeiten zur Lösung der Probleme beizutragen. Eine erneute gewaltsame Auseinandersetzung im Nahen Osten, die angesichts fortdauernder Erstarkung extremistischer Kräfte auf beiden Seiten nicht auszuschliessen ist, könnte einen Weltbrand auslösen.

4. Integrationsproblematik stand naturgemäss im Mittelpunkt der Diskussion von BRF mit Aussenhandelsminister Anita Gradin (GRA). BRF glaubt, dass speziell in den Medien unterschiedliche Standpunkte zwischen Schweden und der Schweiz überbetont werden, grundsätzlich sind wir uns einig, so beispielsweise, die EFTA zum schlagkräftigen Integrationsinstrument, nicht aber zur "Mini-EG" auszubauen. Die Schweiz wird Hand bieten zur Restrukturierung der EFTA, indes ohne Hast. GRA pflichtet grundsätzlich bei, sie sieht - dabei unterstützt von Dinkelspiel - die Notwendigkeit zum Ausbau der Strukturen von neuen Aufgabenstellung her (Dienstleistungen Kapitalverkehr).